

EDITH GOTTLIEBER

195 Hotham  
Elsternwick  
Melbourne



An das Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg  
Hamburg 36

Betr. Akt. Zeichen Z II Z 2042 - 1 -  
Ihr Einschreibebrief v. 18. Sept. 1950.

Zunächst bestaetige ich den Erhalt Ihres Einschreibebriefes v. 18. Sept. der mit gewoehnlicher Post gesandt, erst am 27. November 1950 lt. Poststempel, in meinen Besitz gelangt ist. In Zukunft moechte ich Sie ersuchen alle Korrespondenz auf dem schnellsten Wege per Luftpostbrief zu senden, und hatte ich ja sr. Zt. einen Betrag fuer Porto hinterlegt.

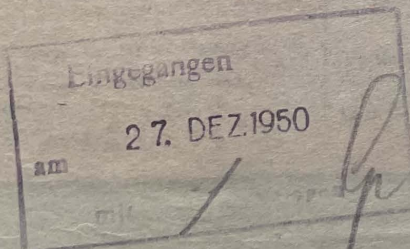
Wegen Par. III betr. 3 Kisten Siberwaren habe ich inzwischen weitere Rueckfragen nach New York and Mr & Mrs. Hermann Rosenberg geleitet und werde sofort nach Erhalt einer Antwort per Luftpost an Sie schreiben.

Betr. der 16 Kisten Umzugsgut wurde der Antrag bereits am 14. Juni 1948 von dem O.I.C., Central Claims Registry, Property Control, 186 H.Q. C.C.G. (BE) B.A.O.R. 5 auf Form C.C.11, Ref. File No. C/551 bestaetigt. Der erste Anmeldungs- tag war am 19. November 1945 Betrag £ Stlg. 1444.15.- zum Umrechnungskurs 1 Stlg - RM 20.-

Bitte bestaetigen Sie mir den Empfang dieser Mitteilung,

Hochachtungsvoll

*Edith Gottlieb*  
EDITH GOTTLIEBER



*1/ mit Eingang der Briefe  
von Herrn u. Frau  
Zurechnung bezu-  
gen*

*2/ 1 Mac 2 x 1444  
2888*

*4/11/51*

*7/2 aus  
d*

Vorgelegt — nach Fristablauf — am: 6. FEB. 1951

EB. 1951

Anlagen 2

z. 1950.

erung

End

, die

1939

r

t per

ndung

Post

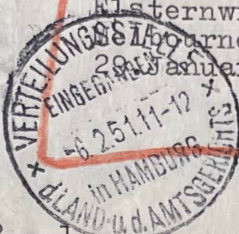
g per

16 FEB. 1951

EDITH GOTTLIEBER

195 Hotham Street  
Elsternwick S.4.  
Melbourne/Australia  
28. Januar 1951.

An das Wiedergutmachungsamt  
bei Landgericht Hamburg  
Hamburg 36



Einsendung	
am	6. FEB. 1951
mit	1 Anlagen

Betr. Akt. Zeichen Z II Z 2042 - 1  
Ihr Einschreibebrief v. 18. Sepy. 1950. z

Im weiteren Anschluss an meinen Luftpostbrief v. 17. Dez. 1950. ueberreiche ich Ihnen einliegend eine eidesstattliche Erklaerung von Mr. Hermann Rosenberg und Mrs. Alice Rosenberg, 760 West End Avenue, NEW YORK 25. N.Y. USA betreffs 3 Kisten Silberwaren, die beim Juwelier Classen, Hamburg, Kl. Johannisstrasse im August 1939 deponiert wurden.

Sollten Sie irgendwelche weitere Auskuenfte betr. obiger 3 Kisten Silberwaren benoetigen, bitte ich hoefl. sich direct per Luftbrief mit Mr & Mrs. Rosenberg lt. obiger Adresse in Verbindung zu setzten. Eine Kopie dieses Schreibes geht mit gleicher Post nach New York.

Bitte bestaetigen Sie mir den Empfang dieser Erklaerung per Luftpostbrief.

Hochachtungsvoll

EDITH GOTTLIEBER

1 Anlage

2

6. FEB. 1951

Edith Gottlieber



295 Hotham Street  
Elsternwick S.4.  
Melbourne/Victoria  
Ausreise Febr. 1951.

16  
Februar 1951

An das  
Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg  
Aktz.II/Z.2042 -1-  
Hamburg 36

16. FEB. 1951  
mit Anlagen

Betr. Wiedergutmachungsansprüche der Eheleute Leo und  
Johanna Gottlieber

12  
New York den 2. Januar 1951

Eidesstattliche Erklärung

Einige Wochen vor meiner im August 1939 erfolgten Ausreise aus  
Deutschland wurden von mir im Auftrag von Familie Leo Gottlieber  
und fuer deren Rechnung drei Kisten mit Silberwaren bei Juwelier  
Classen, Hamburg, Kl. Johannisstrasse, deponiert.

case No. 11 enthielt Silver goods im Werte von ca. Bstlg. 36:--:-  
" No 12 " " " " " " ca. B stlg. 63:14:-  
" No. 13 " plated silver goods and Silver im Werte von ca.  
B stlg. 83:6:6

Kennam Rosenberg  
Alice Rosenberg

1 1951 nach  
obetrages

1  
nsts tellen  
tsprechen,  
r alten

6. FEB. 1951

Edith Gottlieber



15  
195 Hotham Street  
Elsternwick S.4.  
Melbourne/Victoria  
Australia  
16. FEB. 1951

An das  
Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg  
Aktz. II/Z. 2042 -1-  
Hamburg 36

16. FEB. 1951

mit Aufleger

Betr. Wiedergutmachungsansprüche der Eheleute Leo und  
Johanna Gottlieber

Zunächst bestaetige ich den Eingang Ihrer Schreiben v. 20. November 1950 und Kopie des Briefes der Oberfinanz-  
direction Hamburg O 5210- G 8 P 55 d v. 31. Oktober 1950.  
Diese Schreiben wurde unverstaendlicherweise zuerst an m.  
sehr alte Adresse c/o USFET APO 757 gerichtet, dann auf dem  
Umschlag nach Torquay/Devon, England adressiert und kamen  
auf diesem Umwege mit Weiterleitung mit gewoehnlicher Post  
erst Anfang Februar 1951 in Australien an.

Nachdem Sie bereits seit ca. 2 Jahren mit australische  
Adresse gemeldet bekommen haben, waere es wuensenswert  
endlich diese an allen in Frage kommenden Stellen vorzumer-  
ken, damit derartige Verzoegerungen in einer so wichtigen  
eiligen Angelegenheit wie der Neu- bzw. Ummeldung der Ersatz-  
ansprueche nicht verzoegert wird. Es ist unbedingt erforder-  
lich, dass alle Korrespondenz mit Australien per Luftpost-  
brief geschieht, ausserdem ist für diesen Zweck Porto hinter-  
legt worden, leider muss ich feststellen, dass m. diesbzgl.  
Instructionen von Ihrem Amt bisher leider nie befolgt wur-  
den. Ich bitte in Zukunft darauf zu achten, dass Post auf  
dem schnellsten Wege nach Australien gesandt wird, da sonst  
Briefe ca. 2-3 Monate unterwegs sind, und die von Ihnen ge-  
setzten Fristen unmoeglich innegehalten werden koennen.

Die von Ihnen gewuenschte ungerechte Aufstellung der  
von uns eingereichten Forderungen wird Ihnen in Kuerze mit  
Luftpost zugehen.

Bitte mir den Eingang dieser Mitteilung per Luftpost  
zu bestaetigen.

Hochachtungsvoll

Edith Gottlieber  
EDITH GOTTLIEBER

AA 50<sup>III</sup>

24.4.50. Kamm. Log.

✓

24.4.50. Kamm. Log.

1

II/Z 2052

2) Wvl. 1 Monat 22. Februar 1951  
Ausgestellt am 22.2.1951/Schnl  
Gelesen am  
Abgesandt am 27. FEB. 1951 Mo/Schn.

Fraulein  
Edith G o t t l i e b e r  
195 Hotham Street  
Elsternwick S 4  
M e l b o u r n e / Australien

Betrifft: Ihre Wiedergutmachungssache - Aktenzeichen: II/Z 2042.-

Hiermit bestätige ich Ihnen den Eingang Ihres Schreibens vom 6. Februar 1951.

Ich hoffe, Sie inzwischen im Besitze meiner Zeilen vom 13. Februar 1951.

Zu meinem Bedauern muss ich Ihnen mitteilen, dass Ihre Anschrift, an welche die Zustellung vom 20. November 1950 ging, leider die einzige war, die uns von dem Zentralamt für Vermögensverwaltung in Bad Nenndorf mitgeteilt worden ist. Erst durch Ihr Schreiben vom 17. Dezember 1950 habe ich von Ihrer jetzigen Anschrift Kenntnis genommen.

In diesem Zusammenhang darf ich mir erlauben, Sie auf Artikel 50 Absatz 3 des Rückerstattungsgesetzes Nr. 59 der britischen Militärregierung hinzuweisen, welcher lautet:

" Hat der Antragsteller seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nicht in Deutschland und hat er daselbst auch keinen zum Empfang von Zustellungen bevollmächtigten Vertreter bestellt, so kann er einen dort wohnhaften Zustellungsberechtigten benennen. Benennt er diesen binnen einer angemessenen Frist nicht, so hat das Wiedergutmachungsamt ihn zu bestellen und den Antragsteller davon zu benachrichtigen. "

Im Hinblick auf den langen Lauf der Postsendungen nach Australien möchte ich Sie daher bitten, die Anschrift eines in Deutschland ansässigen Zustellungsbevollmächtigten binnen 4 Monaten dem Wiedergutmachungsamt bekanntzugeben. Ich darf darauf hinweisen, dass ein Zustellungsbevollmächtigter lediglich die Aufgabe hat, für Sie bestimmte Sendungen in Empfang zu nehmen und sie an Sie weiter zu leiten, jedoch ohne Ihre ausdrückliche Vollmacht bzw. eine Vollmacht seitens Mr. und Mrs. R o s e n b e r g nicht befugt ist, Ihre Ansprüche vor dem Wiedergutmachungsamt zu vertreten.

Die Beantragung eines Bevollmächtigten oder Zustellungsbevollmächtigten wäre in Ihrem Falle zweckmässig, zumal Sie mit diesen Vereinbarungen über die Nachsendung evtl. Schreiben per Luftpost nach Australien treffen könnten.

Bereits in meinem Schreiben vom 13. Februar 1951 habe ich Ihnen mitgeteilt, dass von einer Hinterlegung eines Portobetrages hier nichts bekannt ist.

Ihrem Wunsche, allen in Frage kommenden Dienststellen Ihre jetzige Anschrift mitzuteilen, kann ich leider nicht entsprechen, da ich nicht weiss, mit welchen Dienststellen Sie unter Ihrer alten Anschrift in Verbindung gestanden haben.

(Molsberger)  
Assessor

61 JUN 1954

27. MRZ. 1951

951 21

H. GOTTLIEBER

195 Hotham St.  
Elsternwick S.4.

17

das Wiedergutmachungsamt  
im Landgericht Hamburg  
t. Zeichen II/Z.2042 -1-  
ievekingsplatz, Anbau S.740.  
amburg 36

MELBOURNE/VICTORIA Maerz 1951.  
Australia.

VERTEILUNGSSTELLE  
EINGEGANGEN  
21.3.51 16-24  
IN HAMBURG  
LANDGERICHTS

Betr. Rueckerstattungssache der Eheleute Leo & Johanna Gottlieb

In Beantwortung Ihres Schreibens v. 20. November 1950 Par. 1.  
betr. Angabe der einzelnen Gegenstaender, die durch die Versteigerung  
des Eigentum der Eheleute Gottlieb entzogen worden sind, verweise  
ich hiermit auf die Liste des Versteigerungsprotokolls v. 28.29.10.  
1943 und 1. Nov. 1943 von Gerlach, Gerichtsvollzieher, Akt. Zeichen  
56 D.R.Nr. 204/43 auf Antrag des Oberfinanzpraesidenten Hamburg,  
Akt. Z.G-70, die sich in Ihrem Besitze befindet.

951 19

Betr. Punkt 2, und 3 und 4 mache ich Sie darauf aufmerksam, dass  
keinerlei Unterlagen in m. Besitze befinden, und alle Angaben des  
Wertes beim Einrichtung des Wiedergutmachungsanspruches unter Be-  
ruecksichtigung des sr. Zt. Marktwertes und Abnutzungswertes gemacht  
wurden.

Lt. m. Schreiben v. 4. Juni 1947, welches sicherlich in m. Akten vor-  
zufinden ist, habe ich bereits zu dem Versteigerungsprotokoll Stellung  
genommen und betone nochmals, dass der Wert der Forderung weiterhin  
£stlg. 1444.15.0 ist. Dieser Betrag wurde unter Zugrundelegung von  
£stlg. = RM 20.- errechnet.

Nachdem Sie bereits Mitteilung machen, dass der Betrag von  
RM 2.803.30 an die Reichshauptkasse in Berlin abgefuehrt wurde, und  
eine Rueckerstattung vorlaeufig nicht moeglich waere, so muessten  
Sie also die Summe von RM 2.803.30 von m. Forderung in Abzug bringen  
und sehe ich der Rueckerstattungs der verbleibenden Summe von  
£stlg. 1444.15.0 ./ RM 2.803.30 = £stlg. 1164.12.0. baldigst entgegen.

Lt. Schreiben der Oberfinanzdirection Hamburg O-5210- G 8 P 55d  
v. 31. October 1950 teile ich Ihnen mit, dass eine genaue Liste der  
Vermögenswerte bereits am 30. August 1945 eingerichtet wurde, und ist  
es mir unerklaerlich, warum der Antrag unvollstaendig sein soll. Falls  
die Werte in RM haben wollen, brauchen Sie ja nur £stlg. / RM 20.-  
zu konvertieren, und sollte diese Umrechnung keine Schwierigkeiten  
bereiten.

Sie wollen bitte den Eingang des Einschreibebriefes und m.  
Schreibens v. 6. Febr. 1951 per LUFTPOST umgehend bestaetigen.

Hochachtungsvoll

EDITH GOTTLIEBER

*Edith Gottlieb*

registered mail.

*Prin 28.3  
Lörsen  
WV nach  
3 Monaten  
Antrag d. 8. 11. 16.  
nach Aufg. d. 27. 13*

Eingegangen  
22. MRZ 1951  
mit Anlagen

*Seh*

30/6

en.  
tat-  
ogenen  
n:  
ag-  
en  
t.26  
b)

EDITH GOTTLIEBER

1. JUN. 1951

195 Hotham Street  
Elsternwick S.4.  
Melbourne/Vic. - Australia  
23rd May 1951.

An das Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg  
Akt. Zeichen II/Z. 2042-1-  
Sievekingsplatz, Anbau, Z. 740am  
HAMBURG 36 /Germany.

Eingegangen

31. MAI 1951

mit Anlagen



1951

04

Betr. Wiedergutmachungssache der Eheleute Leo & Johanna Gott-  
liebner.

Zunächst bestaue ich den Erhalt Ihres Schreibens v.  
12. Feb. 1951 und teile Ihnen nur der ordnungshalber mit, dass  
Mr. Hermann Rosenberg & Mrs. Alice Rosenberg, New York, 760 West  
End Avenue, New York 25. N.Y. USA keinen Anspruch in der obigen  
Wiedergutmachungssache haben, und lediglich sr. Zt. dass Eigen-  
tum der Eheleute Leo & Johanna Gottliebner verpacken liessen,  
da die Eigentüemer bereits in England lebten.

Ferner mache ich darauf aufmerksam, dass von mir per-  
sönlich ein Geldbetrag an der Wiedergutmachungsstelle Hamburg  
Dammtorwall vor meiner Ausreise aus Deutschland im Jahre 1949  
deponiert wurde, und bitte ich dort nachzuprüfen, was mit dem  
Gelde bezahlt in D. Mark, geschehen ist.

Wie Sie aus meinen Akten feststellen werden, wurde sr. Zt.  
Herr Hellmuth Simon, Langenbeckshoehe Hamburg notariell als  
mein Bevollmächtigter eingesetzt. Nachdem Herr Simon bereits  
Hamburg seit 1 Jahr verlassen hat, und jetzt in New York USA  
lebt, teilte er mir mit, dass er einen anderen Herrn notariell  
als meinen Bevollmächtigten eingesetzt hat, und bitte ich  
daher alle Korrespondenz zwecks Weiterleitung an diese neue  
Adresse einzusenden. Es ist mir uebrigens unverständlich, warum  
diese Anschrift nicht schon lange von Ihnen benutzt worden ist,  
nachdem alle Vorschriften ordnungsgemaess befolgt wurden.

Die Anschriften aller in Frage kommenden Dienststellen,  
koennen Sie aus m. Akten, die sich sr. Zt. am Dammtorwall befanden  
sehr leicht feststellen und dann meine neue Anschrift bekannt  
geben.

Gleichzeitig nehme ich an, dass Sie mein letztes Schreiben  
v. 9. Maerz 1951 inzwischen erhalten habe.

Hochachtungsvoll

EDITH GOTTLIEBER

WV m. Akten der  
Wiedergutmachungsstelle  
Dammtorwall  
Mo 4/6.

angefordert 5457/46 A

ausgefertigt am	6. 6. 51
abgegeben am	6. JUN. 1951
mit Anlagen	

essen  
den.  
en tat-  
zogenen

den:

trag-  
ten  
Art. 26

b)

21

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und Gegenstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben.

An das  
Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg  
H a m b u r g

Eingegangen

- 7. AUG. 1951

mit 3 jall Anlagen



Betr.: Rückerstattungssache der Eheleute Gottlieber

Bezug: Dort. Schreiben vom 24.7.1951 Akt. Zeich.: II/Z 2042 - 1 -

Anl.: 2.

Zu dem Bezugsschreiben nehme ich wie folgt Stellung:

Das beanspruchte Umzugsgut ist von dem Gerichtsvollzieher Gerlach am 8.11.1943 versteigert worden. Der Bruttoerlös betrug RM 2.988.70.

Nach der Rechtsprechung des Hans.OLG ist für die Errechnung des Ersatzwertes der gemeine Wert der entzogenen Gegenstände zugrunde zu legen. Es ist also insbesondere das Alter und die seinerzeitige Beschaffenheit der entzogenen Gegenstände zu berücksichtigen. Nach den mir zur Verfügung stehenden Unterlagen ist anzunehmen, daß der entzogene Hausstand zum überwiegenden Teil aus älteren Sachen bestanden hat (Herr Leo Gottlieber ist am 25.3.1879 geboren). Über die Beschaffenheit der Sachen kann nur von den erzielten Versteigerungserlösen ausgehend, Feststellungen getroffen werden, da Ausführungen der Antragstellerin oder von Zeugen fehlen. Aus verschiedenen Gutachten Sachverständiger, die in gleichgelagerten Fällen vor der hiesigen Wiedergutmachungskammer abgegeben worden sind, ist bekannt, daß in den seinerzeitigen Versteigerungen die Erzielung angemessener Erlöse erstrebt worden ist. Die beauftragten Auktionatoren hatten auch selbst ein Interesse an einem möglichst hohen Erlös. Das Wertverhältnis von Versteigerungserlös zu dem tatsächlichen Wert ist je nach Umfang des Haushaltes und den früheren Vermögensverhältnissen der Betroffenen verschieden hoch. Aus dem mir vorliegenden Bericht der hiesigen Devisenstelle ergeben sich keine Anhaltspunkte für die Annahme, daß Herr Gottlieber in besonders nennenswerten Vermögensverhältnissen gelebt hat.

Unter Zugrundelegung aller dieser Erfahrungstatsachen und der mir zur Verfügung stehenden Unterlagen ist das Versteigerungsprotokoll geprüft und ein Versuch einer angemessenen Schätzung der versteigerten Gegenstände unternommen worden. Im Ergebnis glaube ich, daß ein Wert von RM 5.000,-- den tatsächlichen Wert im Zeitpunkt der Entziehung für die entzogenen Gegenstände darstellen kann.

Ich bin daher mit folgendem Beschluß einverstanden:

"Es wird festgestellt, daß

- a) der Antragsgegner verpflichtet ist, der Antragstellerin wegen Entziehung von Vermögenswerten - wie unten angegeben - Schadenersatz gem. Art. 26 Abs. 2 REG zu leisten,

b)

- b) der Schaden wie weiter unten angegeben zu be-  
ziffern ist,  
c) der Schaden an dem ebenfalls unten angegebenen  
Tage eingetreten ist.
- a) Umzugsgut  
b) RM 5.000.-  
c) 8.11.1943.

Die Berechtigte ist verpflichtet, ihre Ansprüche  
gegen die Besitzer der entzogenen Gegenstände an das  
Deutsche Reich abzutreten."

Mit dieser Abtretung soll lediglich der berechtigte  
Zweck verfolgt werden, Doppelerstattungen an die Antrag-  
stellerin und Regreßansprüche der Besitzer gegen das  
Deutsche Reich zu vermeiden. Diese können entstehen, wenn  
die Antragstellerin neben der Feststellung der Schaden-  
ersatzansprüche gegen das Deutsche Reich als unmittel-  
baren Entzieher auch noch Ansprüche auf Naturalheraus-  
gabe gegen die Besitzer der entzogenen Gegenstände gel-  
tend machen würde.

Im Auftrag

gez. Reßeling



Beglaubigt

Zollinspektor

*Handwritten notes:*  
Danke Warten / Nr. 20 /  
2 K + 2 Monate  
Mit Freiwert 20. Volleracht  
und Abrechn. über Nacht  
Vorgelegt hat Form. Nr. 20  
sollen anlag. für Nr. 42/5 + 20  
3 Monate

*Handwritten notes:*  
2. 3 Monate  
Udo 12/18

ausgefertigt am	15.8.54 Jd.
abgesandt am	15.8.54 Jd.
mit	Anlagen

*Handwritten note:* 16/11/2

ADOLPH GRÜNEWALD

HAMBURG 1

FERDINANDSTRASSE 55-57

Fernruf: 32 75 86

Privat: 58 26 46



HAMBURG, den 19. Jan. 1952

Haus- u. Hypothekemakler

Grundstücks-, Testaments- u. Vermögensverwaltungen

### U n t e r v o l l m a c h t

Ich, der Unterzeichnete, Kaufmann Emil Levy in Firma Revindicatio, Düsseldorf, Prinz-Georg-Straße 89, früher Düsseldorf-Oberkassel, Burggrafenstraße 111, bin Bevollmächtigter von Fräulein Edith Gottlieber, Tochter der Eheleute Leo und Johanna Gottlieber, Melbourne/Australien.

Auf Grund dieser erteilten Vollmacht vom 15. November 1951 bin ich berechtigt, Untervollmachten zu erteilen. In der Rückerstattungssache der Eheleute Leo und Johanna Gottlieber gegen das Deutsche Reich bzw. die Deutsche Bundesrepublik, Aktenzeichen 1 Wik 1036/51, erteile ich hiermit

Herrn Ernst Grünwald,  
Inhaber der Firma Adolph Grünwald,  
Hamburg 1, Ferdinandstraße 55/57,

Untervollmacht, mich in dem am 30. Januar 1952 anberaumten Termin zu vertreten.

.....  
*Emil Levy*

Dieser Beschluss ist rechtskräftig. -38-

23

ap. Justizinspektor

Landgericht Hamburg

1. Wiedergutmachungskammer

1 Wik 1036/51

Z 2042

Z 8836

# B e s c h l u s s .

5.10.53

## 1) Ausfertigung an:

2 x Parteien

2 x Beteiligte

- mit Urkunden

## 2) je 1 Abschrift an

Landesamt

f. Vermög. Kontr.

- Grundbuchamt

Zentralamt

mit Ct 36

3) Form B ab 1.1.1953

9.3.53 Br.

ab am 10.3.53

In der Rückerstattungssache

der Eheleute Leo und Johanna

G o t t l i e b e r,

früher in Hamburg, Uhlenhorsterweg 51,

jetzt: 95 Hotham Street, Elsternwick S 4,

Melbourne (Australia),

Antragsteller,

vertreten durch ihre Tochter Edith Gottlieber -  
ebenda -

Verfahrensvertreter: Hausmakler Ernst Grünwald

Hamburg 1, Ferdinandstrasse 55/57,

gegen

das D e u t s c h e R e i c h,

gesetzlich vertreten durch die Finanzbehörde

der Freien und Hansestadt Hamburg,

Verfahrensvertreter: Oberfinanzdirektion Hamburg,

Hamburg 11, Rödingsmarkt 83, O 5210 - G 8 - V 115

Antragsgegner,

hat die 1. Wiedergutmachungskammer des Landge-  
richts Hamburg nach mündlicher Verhandlung durch  
folgende Richter:

## Rechtskraftzeugnis

Ist dem A. f. f. - OFD -

auf Grund d. 30

d. 15. 11. 53

G. 4. Nov. 1954 erteilt.

1.) Landgerichtsdirektor Dr. Joost,

2.) Landgerichtsrat Dr. Warmbrunn,

3.) Landgerichtsrat Engelschall

am 27. Februar 1953 beschlossen:

Die Ersatzpflicht des Antragsgegners für  
Hausrat im Werte von 6.000,-- RM, der am  
1. Juni 1943 entzogen worden ist, wird  
unter Abweisung eines auf diesen Vorgang  
gestützten höheren Feststellungsbegehrens  
sowie von Leistungsansprüchen festgestellt.

Die

Form 3  
Bef. 26/6.13  
Bewe

24

Die Entscheidung ergeht kostenfrei.

G r ü n d e :

Die Antragsteller sind jüdische Mitbürger der Hansestadt Hamburg gewesen und haben Uhlenhorsterweg 51 eine Wohnung gehabt. Sie sind in älteren Jahren - der Ehemann als 60jähriger - kurz vor Ausbruch des 2. Weltkrieges ~~nach~~ ~~übersee~~ ausgewandert und haben Hausrat zur Versendung nach Übersee in 14 Kisten und einigen kleineren Behältnissen verpacken lassen. Ein Abtransport des Umzugsgutes ist wegen des Ausbruchs des 2. Weltkrieges nicht möglich gewesen, so dass es in den Lagerräumen einer Firma Krumpf & Co. liegen geblieben ist. Das Vermögen der Eheleute Gottlieber ist zu Gunsten des Deutschen Reiches eingezogen worden. Die Vermögensverwertungsstelle des Oberfinanzpräsidenten in Hamburg hat Anfang Juni 1943 der Gerichtsvollzieherei den Auftrag erteilt, die Versteigerung durchzuführen und den Erlös an die Oberfinanzkasse Hamburg abzuführen. Die Versteigerung ist laut Versteigerungsprotokoll vom 28. ~~und~~ 29. Oktober und 1. November 1943 von dem Gerichtsvollzieher Gerlach durchgeführt worden, der einen Brutto-Versteigerungserlös von 2.988,70 RM, zuzüglich 448,40 RM Kavelingsgeld erzielt hat. Ein Netto-Erlös von 2.803,30 RM ist der Oberfinanzkasse Hamburg überwiesen worden.

Die Antragsteller haben fristgerecht bei den zuständigen Behörden Rückerstattungsansprüche angemeldet und den Ersatz des Wertes ihrer Habe verlangt. Sie haben geltend gemacht, dass die Wegnahme ihres Umzugsgutes auf rassische Verfolgungsmassnahmen beruht habe, und dass der Versteigerungserlös dem Zeitwert nicht entsprochen habe. Der Antragsgegner hat sich mit einem Feststellungsbeschluss einverstanden erklärt, durch den die Schadensersatzpflicht des Deutschen Reiches in Höhe von 5.000,-- RM anerkannt wird, die höheren Ansprüche jedoch bestritten. Wegen der Einzelheiten des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Schriftsätze verwiesen. Sie haben in mündlicher Ver-  
handlung

handlung Gelegenheit zur Wahrnehmung ihrer Belange erhalten. Die Fortnahme und Verwertung des Umzugsgutes jüdischer Mitbürger, welche durch die rassistischen Verfolgungsmassnahmen des Nationalsozialismus aus dem Gebiet~~en~~ des Deutschen Reiches verdrängt worden waren, ist - wie keiner näheren Begründung bedarf - als eine Entziehungshandlung anzusehen, deren Folgen ausgeglichen werden müssen, soweit die jetzt gültigen gesetzlichen Bestimmungen hierfür eine Grundlage abgeben. Die Rückgabe des Umzugsgutes oder von Teilen wird gegen die Erwerber nicht ~~durch~~gesetzt werden können, weil das vorgelegte Versteigerungsprotokoll zwar ihre Namen, nicht aber ihre Anschriften enthält; ihre Person und Verbleib der Gegenstände ~~also~~ nicht mehr festgestellt werden kann, zumal auf den Untergang des größten Teils des Umzugsgutes durch natürlichen Aufbrauch oder durch Kriegsschäden ~~bei den Erwerbern~~ gerechnet werden muss. Die Antragsteller sind daher darauf angewiesen, ihre Schadensersatzansprüche gegen das Deutsche Reich zu erheben, die sich auf Artikel 26 Abs. 2 des Gesetzes Nr. 59 gründen, und dem Grunde nach nicht streitig sind.

Die gegenwärtige Gesetzgebung versagt den Antragstellern weitere Ansprüche gegen das Reichsvermögen. § 14 des Umstellungsgesetzes der Alliierten verbietet die Umstellung von Reichsmarkverbindlichkeiten gegen das Deutsche Reich ohne Zulassung von Ausnahmen, die auch nicht rassistisch verfolgten Personen zustehen, welche mit Erfolg Wiedergutmachungsansprüche geltend machen. Der Grund dieser Sonderregelung liegt darin, dass die Folgen des Zusammenbruchs den Verlust des größten Teils der Werte der öffentlichen Hand zur Folge gehabt haben und dass zur Befriedigung sehr hoher Verbindlichkeiten zunächst <sup>(un)</sup>ausreichende Mittel nicht zur Verfügung stehen. <sup>auch nicht</sup> Ihre Befriedigung erfordert finanzpolitische, insbesondere steuerliche Massnahmen und kann nur auf Grund ergänzender Gesetzgebung erfolgen. Deshalb hat das Gesetz Nr. 59 der britischen Militärregierung mit gutem Grunde davon abgesehen, das gesamte Gebiet der Wiedergutmachung zu regeln, sondern nur einen Ausschnitt herausgenommen und eine gegenständlich begrenzte Feststellung der Schadensersatzpflicht getroffen. Der in der britischen Zone

Westdeutschlands

Westdeutschland unentbehrlichen Ausfüllung der gegenwärtigen Lücken der Gesetzgebung, kann die Wiedergutmachungskammer nicht durch Entscheidung von Einzelfällen vorgreifen, sie muss vielmehr der Entschliessung des zuständigen Gesetzgebers vorbehalten bleiben. Von einander abweichende Entscheidungen mehrerer Wiedergutmachungsbehörden würden die Rechtssicherheit empfindlich gefährden und die Auswirkungen auf den öffentlichen Haushalt gänzlich unübersehbar machen. Daher sind die Antragsteller darauf zu verweisen, dass gegenwärtig nur zur Vorbereitung der gesamten Regelung der ihnen zustehenden Schadensersatzansprüche die Festsetzung des Wertes der ihnen entzogenen Habe und <sup>der Entstehung</sup> ihres Anspruchs <sup>erfolgen</sup> kann, also eine auf den Grund des Anspruchs sich beschränkende Entscheidung. Die zahlenmässige Fest<sup>stellung</sup> des Wertes des Umzugsgutes der Antragsteller kann nur durch eine Schätzung erfolgen. Ein Nachweis im einzelnen ist nicht möglich, weil eine genaue Aufklärung der Zusammensetzung und des Wertes des Umzugsgutes nach Ablauf langer Jahre nicht mehr beschafft werden kann. Der Hinweis der Oberfinanzdirektion Hamburg, dass das Lebensalter der Eheleute Gottlieber die Annahme wahrscheinlich mache, die meisten ihrer Gegenstände hätten sich längere Zeit im Gebrauch befunden, ist nicht unbeachtlich. Eine zuverlässige Beschreibung, welche die Nachprüfung durch einen Sachverständigen ermöglichen könnte, kann von den Antragstellern auch bei sorgfältiger Überlegung gewissenhaft nicht gegeben werden. Die Einholung des Gutachtens eines Sachverständigen scheitert daran, dass die unentbehrliche Vorzeigung der Sachen zum Zwecke ihrer Bewertung nicht ermöglicht werden kann. Die Kammer ist daher auf die Auswertung des Versteigerungsprotokolls angewiesen. Nach seinem Inhalt sind fast keine Möbelstücke zur Versteigerung gelangt. Soweit die Antragsteller Gegenstände Privatpersonen in Verwahrung gegeben haben, kann über die Ersatzpflicht in diesem Beschluss nicht befunden werden, weil bisher ein ausreichender Nachweis einer Entziehung durch das Deutsche Reich fehlt. Insoweit bleiben die Antragsteller berechtigt, Ansprüche auf Herausgabe gegen die jetzigen Besitzer

(Artikel 11 des Gesetzes Nr. 59) zu erheben, oder auf Grund weiterer Nachweise höhere Schadensersatzansprüche gegen das Deutsche Reich geltend zu machen.

Die Antragsteller machen mit Recht geltend, dass bei Versteigerungen im allgemeinen nicht der volle Zeitwert ausgedoten wird. Für einige der von ihnen bezeichneten Gegenstände trifft dies zu, z.B. für die Schreibmaschine (Pos. 311), für einen Teil ihrer Bestecke, für Teile aus den Wäschebeständen, und andererseits unterschätzen die Antragsteller die Herabsetzung des Handelswertes von Gegenständen, die längere Zeit gebraucht wurden und für welche zum Teil ganz günstige Gebote abgegeben worden sind. Bei manchen Gebrauchsgegenständen - insbesondere bei den Silbersachen - ist aus dem vorgelegten Versteigerungsprotokoll festzustellen, dass die durch die großen Bombenschäden in Hamburg Mitte 1943 hervorgerufene Mangellage eine günstige Nachfrage nach Sachwerten zur Folge gehabt hat und dass die in vorgerückter Kriegszeit beginnende Geldfülle dazu Anlass gegeben hat, für Silbersachen - z.B. für die Pos. 274 - 279 annähernd den vollen Verkehrswert zu bieten - nämlich 15 bis 20 Pfg. pro Gramm Silbergewicht -. Auch andere Dinge, z.B. Pos. 1, 14, 15 und 74 haben günstige Erlöse gebracht. Eine Prüfung im einzelnen ist ausgeschlossen. Die Kammer kann daher nur die Erfahrungssätze auswerten, welche die Äusserungen von Sachverständigen in anderen Fällen ergeben haben. Nach dem Inhalt ist anzunehmen, dass bei Herkunft von Gegenständen aus mittleren Haushaltungen, deren Einrichtung vor längerer Zeit beschafft worden ist - von Ausnahmen dabei abgesehen - das Doppelte des Netto-Versteigerungserlöses als obere Grenze des Zeitwertes anzusehen ist.. Das Versteigerungsprotokoll ergibt mit Sicherheit, dass günstige und ungünstige Erlöse sich annähernd ausgleichen. Die Silbersachen, die einen ziemlich erheblichen Teil des Gesamterlöses erbracht haben, sind mit dem Doppel des Netto-Versteigerungserlöses durchweg überbewertet. ~~Nach~~ mit einer geringfügigen Abrundung nach oben gewährt die Kammer daher den Antragstellern einen Schadensersatzanspruch von 6.000,-- RM.

Die

18

Die höheren Ansprüche der Antragsteller, insbesondere ~~auf Ersatz von Leistungen~~, sind nach der gegenwärtigen Gesetzeslage unbegründet. Als Entziehungsdatum hat die Kammer das des Auftrages der Vermögensverwertungsstelle an die Gerichtsvollzieherei genommen, weil von diesem Zeitpunkt an den Antragstellern jede Möglichkeit gefehlt hat, auf die Behandlung ihres Umzugsgutes irgend einen Einfluss auszuüben.

Die Kostenfreiheit der Entscheidung ergibt sich aus Anwendung des Art. 63 des Gesetzes Nr. 59.

*Leiter. K. Wundt* *Präsident*

In bezeichneter Rechtsangelegenheit ist bis  
zum 18. Juni 1953 einschl.  
eine Rechtsmittelschrift bei dem Hanseati-  
schen Oberlandesgericht nicht eingereicht  
worden. Hamburg, den 20. Juni 1953  
Die Geschäftsstelle  
des Hanseatischen Oberlandesgerichts



*Stamm*  
Justizinspektor *sch. f. d.*